



# Experten wollen Kahlschlag bei Post

## Schluss mit A-Post, nur noch 3 Zustellungen pro Woche, keine Zeitungen



Die Expertenkommission unter der Leitung von Christine Egerszegi (2. v. r.) präsentierte gestern ihre Vorschläge zur Zukunft der Post-Grundversorgung – und erntete dafür vernichtende Kritik.



PASCAL TISCHHAUSER

**G**rosses Kopfschütteln: Die gestern vorgestellten Empfehlungen einer Expertengruppe für die Post erleiden Schiffbruch. Nur selten waren Pläne so rasch Makulatur wie diese.

Postministerin Simonetta Sommaruga (61) hatte eine Expertenkommission eingesetzt, die gestern ihre Vorstellungen zur Post enthüllte. **Beispielsweise finden es die Experten eine gute Idee, dass der Briefträger nur noch dreimal die Woche kommt.** Und sie wollen die A-Post streichen. Briefe sollen also zwei Tage unterwegs sein müssen. Zudem soll das Zeitungsvertragen nicht zum Grundauftrag der Post gehören. Wegnehmen wollen sie der Post auch den Zahlungsverkehr. Dieser soll ausgeschrieben werden. Das Finanzinstitut, das neu den Zuschlag für den Zahlungsverkehr erhält, soll dafür subventioniert werden.

Die Kommission unter der Leitung der einstigen Aargauer Ständerätin Christine Egerszegi (73) versucht zu vermeiden, **dass der Bund dereinst jährlich 300 Millionen Franken für den Grundauftrag der Post zahlen muss.** Dies soll aber mit neuen Subventionen geschehen. Das versteht niemand.

Selbst die Post winkt ab – ob-

wohl sie damit der Postministerin zu verstehen gibt, dass das, was ihre Experten vorgeschlagen haben, eine Kopfgeburt ist. **Selbstbewusst macht der gelbe Riese klar, dass er sowohl an der A-Post wie auch am Zeitungsvertragen festhält.** Zudem zeigt sich die Post zuversichtlich, selber genügend Gewinne erwirtschaften zu können, damit es auch künftig keine Subventionen braucht.

Kein Wunder, sind die Expertenpläne auch bei den Politikern untendurch. Noch am gnädigsten ist FDP-Nationalrat Kurt

Fluri (66). Er begrüsst den Bericht, der eine Diskussion zur Zukunft der Post ermögliche. **«Die konkreten Massnahmen halte ich jedoch nicht für mehrheitsfähig. So ist beispielsweise der Abbau in den Berggebieten chancenlos.»**

«Ich bin enttäuscht», betont Mitte-Politiker Martin Candinas (41). Und er ist gekränkt: Das Berggebiet hat immer wieder Hand geboten für Anpassungen bei der Grundversorgung. Wir sind keine Hinterwäldler. Hier aber geht es ums Eingemachte.» In der Stadt werde es weiterhin eine Frühzustellung der Zeitung geben. «Und irgendjemand wird auch die Briefe am nächsten Tag zustellen. Da spielt der Markt.» Auf dem Land rechne sich das aber nicht. **«Darum braucht es eine Post, die Briefe und Zeitungen schweizweit täglich verteilt.» Das sei Service public.**

Candinas sieht eine andere Lö-

sung: Statt der Post den Zahlungsverkehr wegzunehmen und diesen einem anderen Finanzinstitut zu geben und dem Institut dafür noch Subventionen zu zahlen –, soll der Bund auf die jährliche Dividende von 50 Millionen Franken verzichten. «Eine schwarze Null reicht», so Candinas.

Thomas Egger (54), Direktor der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, pflichtet ihm bei. **Auch für ihn braucht keine Dividende – und schon gar keinen Kahlschlag bei der Post.**

Ebenfalls «in-akzeptabel» findet Nationalrat Jon Pult (37) die Pläne. Für den Präsidenten der Fernmeldekommission und Bündner SPLer braucht die Schweiz «mehr und nicht weniger Service public im Post-Bereich».

Der gelbe Riese wäre dann ein gelber Zwerg.

